



## Protokoll der 13. Sitzung des Einwohnerrates

vom 29. September 2021, 17.00 Uhr, im Landratssaal

**Anwesend:** 37 Mitglieder

**Entschuldigt:** Ratsmitglieder Derungs Reto (SP), Siegwart Albert (GL) und Weyeneth Anja (SP)

### Traktanden

### Laufnummer

Traktandenliste:

- ://: Dem Antrag der SP-Fraktion wird mit 34 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt und das Geschäft «Zentrum Nord» (Postulat Nr. 2015/225) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt.* 2015/225
1. Sozialhilfebehörde – Ersatzwahl von einem Mitglied der Sozialhilfebehörde für die restliche Amtsperiode vom 1. Oktober 2021 bis 31. Dezember 2024 2021-69  
*://: Einstimmige Wahl von Herrn Reto Pusterla, geb. 1974, Frobürgstr. 4b, gemäss Vorschlag der FDP-Fraktion.*
2. Quartierplanung Osboplatz – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK); 1. Lesung 2020-13  
2020-13a  
2020-13b  
*Das Geschäft wird in einer 2. Lesung an der nächsten Sitzung vom 27.10.2021 beraten.*
3. Orisstege, Nachtragskredit – Bericht Stadtrat und zweiter Bericht Bau- und Planungskommission (BPK) 2021-39  
2021-39a  
2021-39b  
*://: Der Nachtragskredit von CHF 1.5 Mio. wird mit 36 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme bewilligt.*
4. Quartierplanung Mühlemattstrasse 2021-68  
*://: Die stadträtliche Vorlage wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.*
5. Kreuzung Büchelistrasse – Postulat «Kreuzung Büchelistrasse/Rosenstrasse/Gestadeckplatz» von Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion (Nr. 2021-53) 2021-53  
*://: Das Postulat wird mit 29 JA-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.*

- |     |   |         |
|-----|---|---------|
| 6.  | Fischmarkt-Neugestaltung – Postulat «Sanierung und Neugestaltung des Fischmarkts und der Mühlegasse» von Peter Küng und Pascale Meschberger der SP-Fraktion<br><i>://: Das Postulat wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2021-58 |
| 7.  | Verkehrssicherheit Velowege – Interpellation «Verkehrssicherheit/Velowege» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion<br><i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>   | 2021-59 |
| 8.  | Kindergarten Frenke, Sicherheit – Interpellation zur Sicherheit Kindergartenkinder Frenke 1 – 3 von Benjamin Erni der CVP/EVP/GLP-Fraktion<br><i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>   | 2021-65 |
| 9.  | Verkehrspolitik – Postulat betreffend zeitgemässen Verkehrspolitik in Liestal von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion<br><i>://: Das Postulat wird mit 14 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen nicht an den Stadtrat überwiesen.</i>                           | 2021-66 |
| 10. | A22 unter die Ergolz – Interpellation «A22 unter die Ergolz» von Daniel Schwörer der FDP-Fraktion<br><i>Vertagung wegen Zeitmangel.</i>   | 2021-67 |

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) begrüsst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur September-Sitzung des Einwohnerrates.

### **Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums**

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Gemäss Bundesratsbeschluss vom 8. September 2021 gilt folgendes Schutzkonzept COVID-19 für die heutige Sitzung:
  - Der Sitzplan mit den Sicherheitsabständen ist beim Eingang zum Landratssaal angeschlagen.
  - Beim Eingang in den Landratssaal können Hygienemasken bezogen werden. Es gilt die Maskentragpflicht für alle Anwesenden im LR-Saal bis zum Sitzplatz. Wer nicht sitzt, muss die Maske tragen.
  - Die Redner bleiben bei ihren Voten sitzen. Die Referenten bzw. Kommissionspräsidenten werden die Kommissionsberichte an ihrem eigenen Platz vorstellen.
  - Die Türen und Fenster im Landratssaal bleiben offen, sofern möglich.
  - Die Zuschauertribüne ist offen. Die Gäste auf der Tribüne haben sich in einer Präsenzkontrolle einzutragen. Die Besucherzahl ist gemäss BAG-Vorschriften auf max. 18 Personen beschränkt.
  - Wer krank ist oder sich krank fühlt, muss die Veranstaltung verlassen.
- Die heutige Sitzung wird ohne Pause durchgeführt und ca. 19.30 Uhr geschlossen. Ratsmitglieder, welche den Saal verlassen, möchten dies der Vizepräsidentin anzeigen, damit diese eine Kontrolle über die anwesenden Stimmberechtigten hat.
- Ratsmitglied Daniel Jurt (SVP) und seiner Frau Alessya wird zur Geburt ihres Sohnes Oleg gratuliert, welcher am 27. August 2021 zur Welt kam.

## **Tischpapiere**

Es wurden keine Tischpapiere verteilt.

## **Neue persönliche Vorstösse**

- Klimaneutralität Veranstaltungen – Motion «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Veranstaltungen bis 2035» der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2021-72)
- Klimaneutralität Verwaltung – Motion «Klimaneutralität (Netto-Null) der Liestaler Verwaltung bis 2035» der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2021-73)

Die neuen Vorstösse sind den Ratsmitgliedern mit gestriger E-Mail zur Kenntnisnahme zugestellt worden und werden mit dem nächsten ER-Versand in Papierform verschickt.

## **Stimmenzähler/innen**

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- |   |                            |
|---|----------------------------|
| - Lukas Heinzelmann (Ersatzmitglied, SVP) | Seite A (SP, GL)           |
| - Bruno Imsand (FDP)                      | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Bernhard Bonjour (SP)                   | Seite C (FDP) + Präsidium  |

## **Mitteilungen Stadtrat**

Stadtrat Daniel Muri: Am 26. September 2021 hatte der Souverän bei der Abstimmung für den Ersatzbau Gestadeck-Pavillon mit 82 % Ja-Stimmen dem Baukredit zugestimmt. Der neue Anbau sollte im Herbst 2023 für die Schule und die Vereine zur Verfügung stehen. Anhand von projizierten Bildern informiert er kurz über den aktuellen Stand der Dinge zum SBB-Vierspurausbau: Der aktuelle Baufortschritt der neuen Gleisfelder 4 und 5 und des Gemeinschaftsperrons für die SBB und die Waldenburgerbahn entspricht dem Bauphasenplan. Wegen den Baumassnahmen beim Hilfsperron wird der provisorische Bahnzugang «Schwieri» vom 15.-18.10.2021 während der Nacht gesperrt und der Bahnbetrieb nur über das Gleis 1 abgewickelt. Wiedenhubstrasse/Kreuzbodenweg: Die Ausbau- und Anpassungsarbeiten der Werkleitungen sind abgeschlossen; die Stützmauer ist fast vollendet und aktuell werden die letzten Etappen betoniert. Vorplatz Personenunterführung Sichern: Das Bahnhoftechnikgebäude ist erstellt und der Innenausbau für die Steuerungsanlage von Signaltechnik und Weichen schreitet voran. Der südliche Zugang zur Personalunterführung Sichern wird fertig erstellt und die Überdachung der Personalunterführung Oristal befindet sich in der Endphase. Die Neubau- und Sanierungsarbeiten bei der Wegunterführung Orisbach schreiten voran. Die neue Seltisbergerbrücke kann ab dem 22.10.2021 in Betrieb genommen werden. Die Stützmauern im Bereich Burggraben, Schwieri und Gartenstrasse werden allmählich fertig und können dann hinterfüllt werden. Im Gitterli befindet sich die Stützmauer am Installationsplatz in der Endphase. Die Verbreiterungsarbeiten an der Frenkenbrücke sind in Gange. Für die Verbreiterung der Bahnbrücke wird die Spitalstrasse ab dem 1. November für 11 Monate gesperrt werden.

## **Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen**

Von den Fraktionen und Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

### **Traktandenliste**

Alexandra Muheim (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Antrag, dass das Geschäft «Zentrum Nord» (Nr. 2015/225, Traktandum 8) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt wird. Das Geschäft sollte zusammen mit dem QP Ziegelhof behandelt werden.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Antrag keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Dem Antrag der SP-Fraktion wird bei 34 JA-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt und das Geschäft «Zentrum Nord» (Postulat Nr. 2015/225) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt.

://: Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wird gemäss Einladungsschreiben vom 15. September 2021 beschlossen.

**112    0.01.011.01    Einwohnerrat**

**1.   Sozialhilfebehörde – Ersatzwahl von einem Mitglied der Sozialhilfebehörde für die restliche Amtsperiode vom 1. Oktober 2021 – 31. Dezember 2024 (Nr. 2021-69)**

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass offen gewählt wird.

Er kann nach Umfrage feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren zum Geschäft angemeldet werden.

://:    Gemäss Wahlvorschlag der FDP-Fraktion wird einstimmig Herr Reto Pusterla (FDP), geb. 1974, Froburgstr. 4b, für die restliche Amtsperiode vom 1.10.2021 – 31.12.2024 als Sozialhilfebehörde-Mitglied gewählt.

**113 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**2. Quartierplan Osboplatz – Zweiter Bericht der Bau- und Planungskommission; 1. Lesung (Nr. 2020-13)**

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

Werner Fischer (FDP) stellt den zweiten bzw. rektifizierten Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) gemäss Vorlage Nr. 2020-13b vor: Der vorliegende BPK-Bericht ist nach der Redigierung etwas umfangreicher geworden. Der QP Osboplatz ist der letzte Baustein des Masterplanes «Zentrum Nord». Der QP baut auf dem auf, was in der Umgebung bereits beschlossen und umgesetzt wurde, wobei der alte Teil der Osbo-Schuhfabrik stehen gelassen wird. Das von den Eigentümern vor sieben Jahren gekaufte Grundstück unterliegt der Quartierplanpflicht. Bei den Gesprächen mit der BPK wurde von den Eigentümern klar signalisiert, dass innerhalb des QP-Perimeters auch Arbeitsplätze geschaffen werden. Das Hauptproblem des vorliegenden QP's ist es, dass dieser sehr offen formuliert ist und so gibt es auch noch kein konkretes Bauvorhaben. Dies hatte doch zu Verunsicherungen bei der Vorberatung geführt und folglich sind 5 Änderungsanträge der BPK hinsichtlich des QP-Reglementes formuliert worden. Die beantragten Änderungen sind von der BPK in der Vorlage Nr. 2020-13b auch begründet sowie präzisiert worden. Er bittet den Rat, die Anträge der BPK bei der Beschlussfassung nach der zweiten Lesung zu unterstützen.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) informiert, dass das Geschäft nach der heutigen 1. Lesung an der nächsten Ratssitzung vom 27. Oktober 2021 in einer 2. Lesung nochmals beraten und dann über die vorliegenden Anträge abgestimmt wird.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass nicht ganz klar ist, wie im Endeffekt die effektive Nutzung beim QP Osboplatz aussieht, weshalb von der BPK einige Ergänzungen und Korrekturen beantragt werden. Die Überbauung gefällt und das Areal wird eine Aufwertung erfahren. Das Gebäude der ehemaligen Osbo-Schuhfabrik ist geschützt und Veränderungen sind nur im Gebäudeinnern zulässig. Der Uferschutzzone und dem Veloweg trägt man Rechnung. Sorge bereiten ihrer Fraktion hingegen die Zu- und Wegfahrten in die stark befahrene Gerberstrasse, da die Ausfahrt unübersichtlich ist und zu gefährlichen Verkehrssituationen führen kann. Unter der Federführung des Kantons wird auch dieser Strassenbereich saniert und man hofft auf eine gute sichere Lösung. Die Mittefraktion stimmt dem QP Osboplatz und den BPK-Anträgen zu.

Natalie Oberholzer (GL) berichtet, dass die BPK wegen den offenen Formulierungen sehr lange den QP Osboplatz vorberaten hatte. Ein wichtiger Punkt war zudem, dass die Art der Areal-Nutzung nicht benannt wurde. Denn je nach Nutzungsverhältnis sind andere Auswirkungen für das Quartier und die Umgebung zu erwarten. Eine fundierte Auslegeordnung war nötig. Man darf nicht vergessen, dass die QP's ein Puzzleteil der Stadtentwicklung mit der gesamten Wohn- und Verkehrsentwicklung sind. Die von der BPK formulierten Änderungsanträgen haben insgesamt den Zweck, dass diese der Lebensqualität Liestals dienen und eine nachhaltige Stadtentwicklung fördern. Die Anträge sollen klare Rahmenbedingungen festlegen und dem Investor doch auch eine Planungssicherheit geben. Der erste BPK-Antrag lässt sich damit begründen, dass die Gesamtfläche von max. 50 m<sup>2</sup> für Klein- und Anbauten definitiv zu klein ist, damit auch die Velounterstände berücksichtigt werden können. Diese sollen deshalb separat gehandhabt werden. Mit der Ergänzung, dass mindestens 60 % der Bruttogeschossfläche für Büro-, Dienstleistungs-, Verkaufs- oder Gewerbenutzungen vorzusehen sind, wird bezüglich Nutzung mehr Klarheit geschaffen. Gemäss drittem Antrag soll der Anteil der anrechenbaren Grundstücksfläche für ökologische Massnahmen von 10 % auf 30 % erhöht werden, was heute eigentlich dem Mindeststandard entsprechen sollte. Bei den Anträgen 4 und 5 der BPK war eine gesamtheitliche Betrachtung der Mobilität notwendig, damit der Verkehr auch langfristig



noch fließen kann. Mit diesen beiden BPK-Anträgen kann dazu beigetragen werden, dass sich die Verkehrssituation für die Verkehrsteilnehmer und auch die Einwohnerschaft nicht verschlechtert.

Peter Bürgin (FDP) informiert darüber, dass die FDP-Fraktion einstimmig den BPK-Anträgen und auch dem QP Osboplatz zustimmen wird. Mit diesem QP wird der Masterplan «Zentrum Nord» abgeschlossen und der beschwerliche Weg mit verschiedenen Abklärungen usw. von über sieben Jahren geht doch seinem Ende entgegen. Anders als bei den bisherigen QP's wollen die Eigentümer nicht nur Wohnungen bauen, sondern auch Nutzungsflächen für das Gewerbe und Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Dies macht ja in diesem Gebiet durchaus Sinn, da das Gebiet beispielsweise gut an den öffentlichen Verkehr angebunden ist. Basierend auf den Eigentümeraussagen ist von der BPK auch erstmals festgelegt worden, dass mindestens 60 % der Bruttogeschossfläche für Büro-, Dienstleistungs-, Verkaufs- oder Gewerbenutzungen vorzusehen sind. Auch haben sich die Eigentümer zu vielen Grünflächen sowie zur Unterstützung der Biodiversität bekannt. Beim vorliegenden QP ist mit Berücksichtigung der BPK-Anträge das Maximum rausgeholt worden. Wie bereits das letzte Mal im Zusammenhang mit dem QP Ziegelhof II angesprochen wurde, hofft man nach wie vor, dass sich die Stadt mit den zusätzlichen Einschränkungen auch beim QP Osboplatz nicht zu viel Potenzial vergibt. Dies wird sich jedoch erst nach der Realisierung dieser beiden QP's erweisen.

Bernhard Bonjour (SP) dankt namens der SP-Fraktion für den überarbeiteten BPK-Bericht, welcher nun doch klar und verständlich ist. Es wird begrüsst, dass von der BPK verschiedene Präzisierungen vorgenommen wurden. Auch die ökologischen Aspekte sind gestärkt worden, ohne dass der QP damit eine Eigentumsbegrenzung erfahren hat. Seine Fraktion stimmt dem QP Osboplatz und auch den BPK-Anträgen zu.

Beat Gränicher (SVP) begrüsst es, dass es Investoren gibt, die in Liestal investieren möchten. Beim QP Osboplatz wird der Orisbach renaturiert, es werden Wohnungen geschaffen und auch Gewerbeflächen zur Verfügung gestellt. Nun wird aber von der Stadt vorgeschrieben, wie viele Parkplätze zulässig sind. Und zwei Fraktionen würden am liebsten nur einen QP bewilligen, wo nur Neuzuzüger ohne Autos sich niederlassen können. Nur so lässt sich der Antrag begründen, dass die Velounterstandfläche verzehnfacht wird. Und es konnte gerade noch verhindert werden, dass das zweite Untergeschoss nicht abgesprochen wird und dieses gegebenenfalls doch noch für Autoparkplätze genutzt werden kann. Er hat schon Mühe damit, dass man mit solchen Auflagen und Anträgen den Investoren Steine in den Weg gelegt werden, die doch teilweise gar ins Persönliche hineingehen. Seine Fraktion ist bezüglich den formulierten Anträgen geteilter Meinung, doch er wird den BPK-Anträgen keinesfalls zustimmen.

Stadtrat Daniel Muri stellt fest, dass das Wichtigste bereits gesagt wurde und er auf Wiederholungen verzichten möchte. Ergänzend möchte er festgehalten, dass das 7-jährige Verfahren unter anderem auch damit zu begründen ist, dass beim vorliegenden QP verschiedene Grundeigentümer involviert waren bzw. sind. So sind unter anderem auch der Kanton und die Stadt Liestal selbst beteiligt. Ein privater Eigentümer hatte gar den Gerichtsweg bestritten. Für die grundsätzlich positiven Voten der Fraktionssprecher dankt der Stadtrat bestens. Mit den BPK-Anträgen wird auch signalisiert, dass man bei den Quartierplanungen in Liestal künftig mehr Gewicht auf die Qualität als auf die Quantität setzen wird.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr zum Geschäft angemeldet werden.

*Das Geschäft wird an der Ratssitzung vom 27. Oktober 2021 in 2. Lesung nochmals beraten.*

**114 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**3. Orissteg, Nachtragskredit – Bericht Stadtrat und zweiter Bericht der Bau- und Planungskommission (Nr. 2021-39)**

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

Der BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2020-39a ist vom Rat an der Sitzung vom 30. Juni 2021 an die vorberatende Kommission zur Überarbeitung zurückgewiesen worden.

Dominik Beeler (GL) stellt als Vizepräsident der BPK den zweiten bzw. rektifizierten Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) gemäss Vorlage Nr. 2020-39b vor: Das Geschäft ist an drei Sitzungen beraten worden. Nötig wurde der Nachtragskredit im Zusammenhang mit der Vorlage Nr. 2018/72 «SBB-Vierspurausbau, Finanzierungsbeteiligung», in welcher der Bau der Orissteg mit einem Betrag von CHF 1.67 Mio. veranschlagt wurde. Die Mehrkosten konnten mit Projektanpassungen sowie einem Beitrag aus dem Agglomerationsprogramm reduziert werden, dennoch musste vom Stadtrat mit der Vorlage Nr. 2021-39 schlussendlich ein Nachtragskredit von CHF 1.5 Mio. beantragt werden. Die Verdoppelung der Gesamtkosten sind die massiven Mehrkosten auf Änderungen am Vierspurprojekt der SBB, durch Rückmeldungen zur Projektverbesserungen aus der Planaufgabe sowie Arbeiten zurückzuführen, welche in der Zwischenzeit ausgeschrieben wurden. Auf Grund der aktuellen Marktsituation sind vor allem die Metallarbeiten massiv höher, als man angenommen hatte. Die Stadt ist beim Bundesamt für Verkehr (BAV) vorstellig geworden, damit sich die SBB an den Kosten beteiligt, weil man mit dem Steg immerhin einen behindertengerechten Bahnzugang für die Bewohner und Bewohnerinnen des Schwieriquartiers baue. Die Mehrkosten betreffend dem Metall-Geländer sind damit zu begründen, dass mit einem Anwohner ausgehandelt wurde, dass dieses vor seinem Haus als Sichtschutz sehr hoch gebaut werden musste. Auch die aktuelle Marktsituation mit hohen Metallpreisen spielt eine wesentliche Rolle. Aufgrund der überschaubaren Ersparnisse im Hinblick auf eine Neuprojektierung wurde auch die geprüfte Holz-Variante schlussendlich verworfen. Die Einsparung von rund CHF 1.6 Mio. wurde damit begründet, dass beispielsweise auf optische Massnahmen und Sichtschutze sowie die Duplexierung der Geländer verzichtet wurde, wobei diese Einsparungen keinen Einfluss auf die Qualität und Langlebigkeit sowie die Unterhaltskosten haben. Die Mehrkosten sind ärgerlich, doch auch die BPK steht nach wie vor hinter dem Projekt Orissteg, da dieser eine enorme Verbesserung des Fussgänger- und Veloverkehrs ist. Dem Stadtrat wird für die getroffenen Massnahmen zur Kostensenkung sowie sein Engagement beim BAV für einen SBB-Kostenbeitrag gedankt. Die Stadt hatte nach dem ablehnenden BAV-Entscheid eine anfechtbare Verfügung verlangt und ist auch bereit, den Rechtsweg zu bestreiten. Die BPK beantragt einstimmig, dem Nachtragskredit von CHF 1.5 Mio. zuzustimmen.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) informiert, auch die Mittefraktion finde die Kostenverdoppelung unschön, doch die Stadt Liestal ist Bauherrin der Orissteg. Die Gründe sind im BPK-Bericht aufgeführt und vom Berichterstatter vorgängig nochmals erörtert worden. Positiv an der ganzen Sache ist, dass der ganze Steg auf 4 Meter verbreitert wird und sich auch die Kosten auf die nächsten 4 – 5 Jahre verteilen. Der Orissteg ist der Bevölkerung in Aussicht gestellt worden, doch steht die Stadt trotz den hohen finanziellen Mehrkosten nun in der Pflicht. Man darf ja hoffen, dass schlussendlich vom BAV doch noch ein finanzieller Zustupf gewährt wird. Weitere Mehrkosten sind gemäss Auskunft des Stadtrates und der Verwaltung nicht mehr zu erwarten. Die Mittefraktion wird dem Nachtragskredit zustimmen.

Dominique Meschberger (SP) fasst sich kurz und teilt mit, dass auch ihre Fraktion dem Nachtragskredit zustimmen wird, da der Orissteg eine notwendige und wichtige Quartierverbindung ermöglicht. Positiv ist auch, dass der Steg auf 4 Meter verbreitert wird. Die Mehrkosten sind ärgerlich, können aber nicht beeinflusst werden.

Michael Durrer (GL) berichtet, dass das Geschäft in seiner Fraktion unbestritten ist, da die Orisstege eine enorm wichtige Velo- und Fussgängerverbindung ist. Diese ist nicht nur für die Stadt Liestal, sondern auch für das gesamte SBB-Projekt wichtig. Die Bestrebungen des Stadtrates werden unterstützt, damit Kostenbeteiligungen erwirkt werden können. Dem Nachtragskredit wird man einstimmig zustimmen.

Thomas Eugster (FDP) betont, dass die Orisstege ein wichtiger Lückenschluss bei der Velo-Verbindung auf der Südseite der Bahngleise und schlussendlich auch ein Ensemble mit der neuen Velostation ist. Die FDP-Fraktion ist ebenfalls froh, wenn die Mehrkosten minimiert werden können. Auch soll man beim BAV vorstellig bleiben, denn auch die SBB muss eine Lösung für einen behindertengerechten Zugang zum Bahnhof finden. Dem Nachtragskredit wird einstimmig zugestimmt.

Beat Gränicer (SVP) meint, das Wichtigste sei bereits von den Vorrednern gesagt worden. Die Orisstege ist auch ein wichtiger Bestandteil des Velowegkonzeptes rund um Liestal und auch seine Fraktion wird dem Kredit mehrheitlich zustimmen.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) erläutert als Einzelsprecher, er werde dem Kredit zustimmen, obwohl ihm dieser doch Bauchweh bereitet. Ihn stört die Mindestbreite von 4 Metern, denn das ist nun kein Steg mehr, sondern muss vielmehr als Velo-Autobahn bezeichnet werden. Dieser breite Steg verursacht nicht nur wesentliche Mehrkosten, sondern ist auch optisch unschön. Die Zu- und Abbringerwege zur Orisstege sind zum Teil schmaler als diese neue Fussgänger- und Velowegverbindung mit der Norm-Mindestbreite von 4 Metern. Es gibt vermutlich wesentlich schmalere Autostrassen in den Alpen, wo sich gar Postautos mit Autos kreuzen müssen usw. Er stelle sich schon die Frage, ob wir hier nicht einfach in ein Luxusprojekt investieren, obwohl wir dies nicht wollen, sondern weil wird dieses in einer vorgegebenen bestimmten Norm realisieren müssen. Dies dürfte mittelfristig auch dazu führen, dass weitere sinnvolle Erweiterungen des Velonetzes vielleicht nicht bewilligt und realisiert werden können, weil die diesbezüglichen Anforderungen zu hoch angesetzt werden und die finanziellen Mittel fehlen, was sehr schade wäre.

Stadtrat Daniel Muri merkt an, dass es dem Stadtrat im Zusammenhang mit dem notwendig gewordenen Nachtragskredit ebenfalls nicht wohl ist, doch der Zeitpunkt für die Realisierung ist jetzt richtig. Nach der WB-Inbetriebnahme Ende 2022 müsste der Steg notfalls von aussen montiert werden und diese Folge- sowie Mehrkosten dürften dann nochmals wesentlich teurer kommen. Der Velosteg ist weit und breit wohl einmalig. An der Jungbürgerfeier vom vergangenen Freitag hatten sich zwei Gymnasiastinnen positiv zur Orisstege geäussert, denn gemäss ihrer Berechnung sollten sie dann täglich wegen der Zeitersparnis rund 7 Minuten länger ausschlafen können.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr zum Geschäft angemeldet werden.

://: Den Anträgen des Stadtrates sowie der Bau- und Planungskommission (BPK) wird mit 36 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme zugestimmt und der Nachtragskredit in der Höhe von CHF 1.5 Mio. für den Bau der Orisstege bewilligt.

**115 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**4. Quartierplanung Mühlemattstrasse (Nr. 2021-68)**

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft vom Rat nicht bestritten wird.

Das Büro schlägt dem Rat vor, dass die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wird.

Bernhard Bonjour (SP) informiert, dass die SP-Fraktion dem Büro-Antrag zustimmen wird, obwohl sie natürlich nicht in Begeisterung ausbricht, wenn es um einen Parkhaus-Neubau geht. Schön wäre es natürlich gewesen, wenn dieses ganz unter der Erde hätte realisiert werden können. Die BPK müsste das Verkehrskonzept des Kantons schon noch genauer unter die Lupe nehmen. Ein grosses Anliegen seiner Fraktion ist es auch, dass die ganzen Parkplatz-Wüsten des Kantons und des Spitals im Zusammenhang mit dem vorliegenden QP thematisiert werden. Könnte sich der Kanton beispielsweise nicht beim neuen Parkhaus einmieten, damit die frei werdenden Flächen und Areale rund um das Spital besser als Autoparkflächen genutzt werden könnten?

Peter Bürgin (FDP) erklärt, auch seine Fraktion unterstütze den Büro-Antrag. Liestal wird mit der Schaffung von zentralisierten Parkflächen eine Aufwertung erfahren. Der QP wird einige Vorteile mit sich bringen, doch ist insbesondere der Verkehrssituation in der Mühlemattstrasse die gebührende Beachtung zu schenken.

Hanspeter Meyer (SVP) orientiert, auch die SVP-Fraktion befürworte den QP Mühlemattstrasse im Grundsatz, welcher von der BPK vorgeprüft werden soll. Im Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft muss nun Klarheit betreffend den Parkplatzwüsten des Kantons und des Spitals geschaffen werden.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) unterstützt die Voten der Vorredner und kann darüber informieren, dass auch die Mittefraktion der Überweisung der Vorlage an die BPK zustimmen wird.

Stadtrat Daniel Muri hält fest, dass der QP Mühlemattstrasse im Zusammenhang mit dem Masterplan Rheinstrasse von grosser Bedeutung ist. Das Bekenntnis der EBL und auch des Kantonsspitals zum Standort Liestal ist ein Segen für Liestal und von grösster Bedeutung für die Weiterentwicklung des Masterplanes Rheinstrasse. Damit der geplante neue Behandlungstrakt auf dem Grundstück gegenüber der Feldsäge realisiert werden kann, muss zuerst das Parkhaus realisiert werden. Sämtliche oberirdischen Parkplätze der Kantonsangestellten und Spital-Mitarbeitenden werden auf den verschiedenen Flächen freigespielt und diese Flächen sollen auch nicht mehr für Parkplätze genutzt werden können. Im Parkhaus werden 720 Auto-Parkplätze und 250 Velo-Abstellplätze geschaffen. Für die Blaulichtorganisationen sind bereits Abklärungen bezüglich einem neuen Standort für die Feuerwehr und Sanität in Gange.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zu diesem Geschäft angemeldet werden.

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2021-68 wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

**116 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**5. Kreuzung Büchelstrasse – Postulat «Kreuzung Büchelstrasse/Rosenstrasse/Gestadeckplatz» von Yves Jenni der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion (Nr. 2021-53)**

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) hält fest, dass das Geschäft auf Wunsch des Postulanten von der Traktandenliste abgesetzt wurde, da er an der August-Sitzung nicht präsent sein konnte.

Stadtrat Marie-Theres Beeler erklärt, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat zu übernehmen, damit auch die Kreiselvariante geprüft werden kann. Fragen bezüglich dem Verkehrsfluss, der Verkehrssicherheit, den Grünflächen usw. werden vom Stadtrat nach der Postulatsüberweisung geprüft und diese Aspekte im Zusammenhang mit anderen Themen bezüglich dem künftigen Verkehrsregime auf der Büchelstrasse und beim Wasserturmplatz geprüft, da ja diesbezüglich noch andere Vorstösse hängig sind.

Yves Jenny (CVP/EVP/GLP) erklärt als Postulant, dass es verkehrstechnisch in Liestal nicht immer ganz einfach ist, unabhängig davon, wie man unterwegs ist. Die Platzverhältnisse sind grösstenteils vorgegeben und viel Spielraum für grössere Änderungen gibt es nicht, weshalb Optimierungen wichtig sind. Die Ampeln beim Gestadeckplatz sind vielen Verkehrsteilnehmern ein Begriff und es wäre zu prüfen, ob ein Kreisel nicht eine bessere Alternative wäre. In den letzten Jahren sind auch in der Region überall Kreisel realisiert worden, denn diese bringen doch Vorteile wie einen flüssigeren Verkehrsfluss, eine Lärmreduktion usw. mit sich. Auch sicherheitstechnisch würde dort ein Kreisel den Vorteil für eine bessere Sicherheit für die Fussgänger mit sich bringen. Kompatibel wäre diese Neuerung auch für Schwerverkehrstransporte usw., da Kreisel oftmals auch überfahrbar sind, sollte dies nötig sein. Die Lichtsignalanlage ist ja gerade für die Verkehrsteilnehmer der Büchelstrasse wichtig, doch prüft der Stadtrat gemäss einem Vorstoss, dass diese Strasse nur noch für Zubringer genutzt werden kann. Er freut sich sehr, dass der Stadtrat sein Postulat übernehmen möchte.

Hanspeter Meyer (SVP) ergänzt als Mitpostulant, dass er sich mit verschiedenen Vorstössen schon für die Schaffung von Kreiseln stark gemacht hatte, weshalb er auch schon als «Kreisel-Meyer» bezeichnet wurde. Kreisel sind bisher in Liestal nicht auf guten Boden gestossen, obwohl diese viele Vorteile haben, was im Vorstoss und von seinem Vorredner bereits erwähnt wurde. Kreisel lassen sich auch auf Schwerverkehrsrouten realisieren, was vom Mitpostulanten bereits erwähnt wurde, so existieren beispielsweise zwischen Muttenz und Pratteln 10 Kreisel und in Muttenz-Dorf gibt es einen Kreisel mit fünf Fussgängerstreifen in absoluter Nähe des Kreisels. Es freut auch ihn, dass der Stadtrat das Postulat und die Schaffung eines Kreisels zumindest prüfen möchte. Die Postulanten möchten ganz klar keine Luxuslösungen im Zusammenhang mit Kreiselbauten, was beispielsweise in Lausen beim Kreisel in Richtung Ramlinsburg der Fall ist. Die Schaffung von Kreiseln sollte bei Kreuzungen immer dann in Erwägung gezogen werden, wenn Bedarf vorhanden ist und sich Möglichkeiten ergeben.

Peter Küng (SP) legt dar, dass die SP-Fraktion die Postulatsüberweisung unterstützen wird, obwohl Kreisel auch Nachteile mit sich bringen. So hat beispielsweise der Situationsplan des Vorstosses das Manko, dass die geplante Zufahrt von unten in die Büchelstrasse nicht möglich ist, was vom Stadtrat aber so in Aussicht gestellt wurde. Die ganze Situation soll aber auch zusammen mit dem Kanton angeschaut, geprüft und dann vom Stadtrat wieder berichtet werden.

Philipp Franke (GL) führt aus, seine Fraktion lehne den Vorstoss ab. Der Aspekt Sicherheit kann beim vorgeschlagenen Kreisel beispielsweise für die Schulkinder kaum eine Verbesserung sein. Die bestehende Kreuzung funktioniert grundsätzlich doch gut. Auf der Skizze sind

auch sehr viele Inseln eingezeichnet, die er hinsichtlich der Fussgängersicherheit stark in Frage stellt. Die Problematik dürfte nicht grundsätzlich bei der Kreuzung mit Lichtsignale, sondern eher beim grossen Verkehrsaufkommen bei dieser stark befahrenen Durchgangsstrasse liegen. Spätestens bei der folgenden Kantonalbank-Kreuzung stockt der Verkehr dennoch. Kreisel sind auch extrem teuer und die Kosten stehen in keinem Verhältnis zum grossen Aufwand. Hingegen unterstützt seine Fraktion eine Gesamt-Verkehrskonzept, bei welchem auch mögliche Kreisel thematisiert werden könnten.

Thomas Eugster (FDP) informiert, dass seine Fraktion das Postulat überweisen wird. Der vorgeschlagene Kreisel würde den Verkehrsfluss sicher stabilisieren und auch der jetzige Zeitpunkt ist richtig, da der Kanton im dortigen Gebiet die Strassenführungen plant und dabei die Stadt Liestal mit einbezieht.

Stadträtin Marie-Theres Beeler dankt für die verschiedenen Voten und Überlegungen im Zusammenhang mit dem Postulat Nr. 2021-53. Weitere Abklärungen mit dem Kanton sind notwendig, da dieser ja als Strasseneigentümerin sowieso involviert ist.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2021-53 wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

**117 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**6. Fischmarkt-Neugestaltung – Postulat «Sanierung und Neugestaltung des Fischmarkts und der Mühlegasse» von Peter Küng und Pascale Meschberger der SP-Fraktion (2021-58)**

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass der Stadtrat das Postulat übernehmen möchte. Der Vorstoss im jetzigen Moment macht Sinn, da ja aktuell eine zügige Entwicklung bezüglich den Quartier- und Arealplanungen Post, Gericht, Lüdin und Allee stattfindet. Die Verkehrsführungen müssen ebenfalls neu überdenkt werden und eine gesamtheitliche Betrachtung des Gebietes inklusive dem Fischmarkt und der Mühlegasse macht Sinn.

Peter Küng (SP) dankt als Postulant für die wohlwollende Antwort des Stadtrates. Mit der Umsetzung seines Postulates würde ein wichtiger weiterer Schritt zur Aufwertung des Zentrums gemacht und die Erfolgsgeschichte mit der Rathausstrassen-Sanierung weiter entwickelt. Die Neugestaltung des Fischmarktes sowie der Mühlegasse ist vor allem eine Aufwertung für die Anwohner und auch eine grosse Chance für das Gewerbe sowie die dort ansässige Gastronomie. Die Postulanten wünschen hinsichtlich der Gestaltung eine nachhaltige, klimafreundliche und günstige Erneuerung, beispielsweise mit Bäumen als Schattenspenden und natürliche Kühlung. Auch sollte keine durchgehende Versiegelung von Flächen stattfinden. Er kann dem Stadtrat zustimmen, dass es nun genau der richtige Zeitpunkt ist, im Zusammenhang mit den verschiedenen Quartierplanungen in der Nähe, dem neuen Parkleitsystem, dem Parkierungskonzept usw. nun auch die Neugestaltung des Fischmarktes und der Mühlegasse zu prüfen. Die ganze Mobilitätssituation in diesem Quartier kann nun beurteilt und geplant werden. Er dankt dem Rat für die Unterstützung im Zusammenhang mit der Postulatsüberweisung.

Pascale Meschberger (SP) meint als Mitpostulantin, dass das Meiste und Wichtigste bereits von ihrem Vorredner gesagt wurde. Leute, die Liestal das erste Mal besuchen, verstehen es oftmals nicht, dass im Fischmarkt Autos parkiert werden. Es gibt wohl keine Stimmen mehr in Liestal, welche sagen, dass die Rathausstrassen-Sanierung ein Fehler war. Liestal hat eine wunderschöne Altstadt, doch diese ist sehr klein. Ihr ist es wichtig, dass die Altstadt mit den altern Häusern erhalten bleibt. Liestal lebt und das Potential für die Belebung des Stedtlis könnte sicher auch auf den Fischmarkt übertragen werden. Von den Postulanten sind bewusst keine Vorgaben bezüglich der Verkehrsführung gemacht worden, weil sie selbst auch nicht wissen, was die ideale Lösung sein könnte. Für eine Unterstützung des Vorstosses dankt sie den Ratsmitgliedern bestens.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) erklärt, dass der Vorstoss und die Idee grundsätzlich auch von der Mittefraktion unterstützt werden, was den Fischmarkt betrifft. Bei der Mühlegasse würde man sich über die eine oder andere gute Idee noch freuen. Fraglich ist, ob es wirklich der richtige Zeitpunkt ist, denn eine allfällige Neugestaltung müsste mit den verschiedenen Quartierplanungen im betreffenden Gebiet abgestimmt werden. Hinzu kommt auch eine Gesamtbetrachtung der Verkehrsführung rund um das Stedtli. Auch wenn es im Postulat nicht explizit erwähnt wird, sollen die Parkplätze im Fischmarkt und in der Mühlegasse aufgehoben oder zumindest stark reduziert werden, was von der Bevölkerung und dem Gewerbe im Stedtli ohne eine Gesamtplanung wohl kaum gutheissen würde. Auch wenn wir rund ums Stedtli gut gelegene Parkhäuser haben sollten, denn aktuell werden keine Alternativen angeboten und eine Gesamtplanung ist wichtig. Auch soll das Postulat nicht als Express-Variante umgesetzt und dann bereits in wenigen Jahren wieder mit Baggern aufgefahren werden, um kostspielige Fehler wieder korrigieren zu können. Der Stadtrat soll sich genügend Zeit für weitere Abklärungen nehmen, wie er dies bereits im Zusammenhang mit dem Postulat Nr. 2015/225 getan hatte. Seine Fraktion wird sich bei der Postulatsüberweisung grossmehrheitlich enthalten.

Daniel Jurt (SVP) berichtet, dass sich seine Fraktion einstimmig gegen eine Postulatsüberweisung ausspricht, da man zuallererst ein gesamtheitliches Konzept für die Verkehrs- und Parkiersituation haben möchte. Seit Jahren wird auch die Umsetzung des Parkleitsystems versprochen, doch ist noch nichts passiert. Die Situation beim Fischmarkt soll nicht zu einem Flickwerk verkommen, bevor man eine Gesamtkonzeption hat. Der Einbezug der Gewerbetreibenden ist nötig, denn diese können sich mit der Idee der Postulanten auch nicht anfreunden. Wichtig ist zudem ein Parkplatzangebot für Kurzzeitparkierer und die auswärtige Kundschaft, denn einige Ladenbesitzer haben sich dahingehend geäußert, dass sie ihre Geschäfte ohne auswärtige Kundschaft schon längst hätten schliessen müssen. Auch sollen Markttreibende die ortsansässigen Geschäfte nicht zu stark konkurrenzieren. Die momentane Finanzlage der Stadt ermöglichen im Moment ja keine Grossprojekte. Und wenn man ja eine zeitgemässe Verkehrspolitik befürwortet, könnte man ja auch dem Postulat Nr. 2021-66 «Verkehrspolitik» zustimmen, welches anschliessend noch behandelt wird.

Eva Eugster (FDP) teilt mit, dass der Vorstoss in der FDP-Fraktion kontrovers diskutiert wurde. Einerseits wird die Idee für eine Neugestaltung des Fischmarktes im Anschluss an die Rathausstrassen-Sanierung als sinnvoll erachtet, doch der Fischmarkt ist wohl aktuell kein angenehmer Ort zum Verweilen, sondern eher ein Durchfahrtsort für Parkplatz-Suchende. Gegen eine Verschönerung und Aufwertung des Fischmarktes gibt es eigentlich nichts einzuwenden, hingegen müssten dort die Warenanlieferungen für die umliegenden Geschäfte weiterhin garantiert bleiben. Auch sollten Kurzzeitparkplätze angeboten und an das Parkleitsystem angegliedert werden, damit die Parkplatz-Suche im Fischmarkt endlich aufhört. Ein Teil der Fraktion spricht sich für eine Postulatsüberweisung aus, damit mit der Berichterstattung auch das Preisschild für eine allfällige Umsetzung bekannt ist. Der Zeitpunkt der Realisierung müsste aber von der Finanzlage abhängig gemacht werden. Ein Teil der Fraktion möchte das Postulat nicht an den Stadtrat überweisen und diesen mit weiteren Abklärungen beschäftigen, da die Neugestaltung des Fischmarktes wegen der Finanzlage aktuell sowieso nicht möglich ist.

Sibylle Schenker (GL) fasst sich kurz und gibt bekannt, dass die Grüne Fraktion die Postulatsüberweisung unterstützen wird, denn mit der Erneuerung diverser Leitungen im Fischmarkt und in der Mühlegasse würde doch eine Begegnungszone mit Sitzbänken, begrünten Flächen und gar einem abgetragenen Trottoir einen weiteren wichtigen Beitrag für eine Attraktivitätssteigerung des Stedtlis bedeuten, wie dies bereits bei der Rathausstrassen-Sanierung erfolgreich der Fall war. Die 38 Parkplätze im Fischmarkt und in der Mühlegasse verursachen im Moment einen enormen Suchverkehr. Wie stark die Einschränkungen für eine Durchfahrt künftig sein sollen, müsste schon genau angeschaut werden. Beim Postulat geht es darum, einen Mehrwert für die Altstadt mit einfachen Massnahmen zu fördern, welche nicht ein Vermögen kosten würden, aber viel bringen würden.

Daniel Schwörer (FDP) äussert, er spreche sich vehement für eine Postulatsüberweisung aus. Beim Streetfood-Festival im Fischmarkt vor ein paar Wochen wurde einem bewusst, wofür der Fischmarkt ursprünglich gemacht wurde. Die Bezeichnung «Parkplatzwüste» kann sicher auch beim Fischmarkt verwendet werden. Vor Jahren wurden die Parkplätze neu angeordnet, so dass ein paar zusätzliche Parkplätze geschaffen werden konnten. Es gibt wohl kein vergleichbares Stedtli mehr in der Schweiz, wo in der Kernzone der Altstadt noch Parkplätze vorhanden sind und sollte man weiterhin darauf bestehen, so sind in Liestal die Zeiten der Zeit wohl noch nicht erkannt worden, denn aktuell wird andernorts gar über die Verbannung von Trams aus den Kernzonen diskutiert. Mitten in der Kernzone Liestals gibt es verschiedene Parkhäuser mit leeren Parkflächen und doch wird immer noch die Meinung vertreten, dass Parkplätze wenige Meter vor dem Ladeneingang und in unmittelbarer Nähe angeboten werden müssen. Die Parkplätze im Fischmarkt müssen der Vergangenheit angehören und gehören schlichtweg nicht mehr in die Altstadt. Im Postulat ist die Neugestaltungsforderung sehr grossartig formuliert und diese wird sehr viel Geld kosten, was angesichts der Finanzlage schon von Relevanz ist. Im stadträtlichen Bericht sollten deshalb die Kosten für eine Neugestaltung aufgezeigt werden. Als Variante sollte aber aufgezeigt werden, was es denn kosten würde, wenn lediglich die



Parkplätze aufgehoben und nicht mit der grossen Kelle der Fischmarkt neu gestaltet würde, denn das Stedtli dürfte schon eine Qualitätssteigerung erfahren, wenn die Autos aus dem Fischmarkt verbannt würden. Als erste Massnahme müssten die Parkplätze aufgehoben, bevor man überhaupt mit der Ausarbeitung eines Konzeptes für eine Neugestaltung beginnt. Eine Zulieferfunktion für den Fischmarkt muss natürlich gewährleistet bleiben, doch ist zu beachten, dass frühere Geschäfte wie eine Metzgerei, ein Fotogeschäft, eine Konditorei heute leer stehen. Unbestritten ist wohl der massive Suchverkehr im Fischmarkt und diesbezüglich verweist er auf das stadträtliche Parkplatzkonzept, in welchem auf Seite 12 nachgelesen werden kann, dass jetzt sogar der Zeitpunkt gekommen ist, um eine massvolle Reduktion an Parkplätzen im Fischmarkt, beim Zeughausplatz, beim Wasserturmplatz usw. in Angriff nehmen zu können. Und auf Seite 9 wird vom Stadtrat der Suchverkehr als Übel bezeichnet und dieser mit der Aufhebung von Parkplätzen vermindert oder gänzlich abgestellt werden. Der Rat soll deshalb die Postulatsüberweisung unterstützen, wobei der Stadtrat bei der Berichterstattung auch seinen Lösungsvorschlag mit keinen oder nur geringen Folgekosten thematisieren soll.

Hanspeter Meyer (SVP) findet, dass er viele Aussagen seines Vorredners unterstützen kann und dennoch wird seine Fraktion der Postulatsüberweisung nicht zustimmen. Es braucht ein gesamtheitliches Konzept, weshalb er auch das Postulat Nr. 2021-66 «Verkehrspolitik» eingereicht hat. Denn für eine Stedtli in der Grössenordnung von Liestal ist es beispielsweise nicht angebracht, dass man 9 Franken für das Parking im Parkhaus bezahlen muss. Einzelne Vorstösse führen nämlich nur zu einem Flickenteppich, welcher nicht zusammen passt.

Natalie Oberholzer (GL) dankt für das Votum von Daniel Schwörer und unterstreicht seinen Vorschlag, dass vom Stadtrat auch die kostengünstigere Variante geprüft wird. Sie ist in Rapperswil aufgewachsen und dort hatte man bereits vor rund 30 Jahren die Kernzone autofrei gemacht, was ebenfalls mit kostengünstigen Varianten möglich war.

Stadtrat Daniel Muri meint, dass es keine grosse Überraschung ist, dass hauptsächlich Parkplatz-Diskussionen geführt wurden, ohne dass man der gesamtheitlichen Entwicklung mit Fischmarkt, Mühlegasse, Allee, Rheinstrasse, Parkleitsystem usw. die gebührende Beachtung schenkt. Die Aufhebung der Parkplätze beim Fischmarkt kann ein Folgeergebnis der laufenden Abklärungen sein, muss aber nicht zwingend eintreffen. So muss beispielsweise für die verschiedenen grösseren Bauvorhaben im betreffenden Gebiet die Aufhebung der Parkplätze in der Allee geprüft und geklärt werden, da ein Installationsplatz nötig ist. Mit der gleichzeitigen Aufhebung der Fischmarkt-Parkplätze würde dann aber das Fuder definitiv überladen. Dem Stadtrat soll deshalb mit der Überweisung des Vorstosses auch das Vertrauen geschenkt werden, dass dieser die Begehren der Postulanten prüft und sich nicht nur ausschliesslich mit Parkplatzfragen befasst. Die diesbezüglichen Abklärungen brauchen Zeit, doch dafür ist es jetzt der richtige Zeitpunkt.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2021-58 wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.

**118 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**7. Verkehrssicherheit Velowege – Interpellation «Verkehrssicherheit/Velowege» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2021-59)**

Stadtrat Daniel Muri nimmt Bezug auf die Fragen der Interpellantin und beantwortet diese wie folgt: Es gibt diverse Stellen, die für Velofahrende heikel sind. Die Situation bei der Oristalunterführung wird im Rahmen des Vierpurausbaus markant verbessert.

Im Rahmen der Gesamtplanung der Kantonsstrassen im Perimeter Liestal Ost des Kantons setzt sich die Stadt für eine Verbesserung betreffend den parkierten Autos entlang der Kasernenstrasse ein. Auch die Kreuzung Militärstrasse und Rosenstrasse beim Gitterlibad wird im Rahmen der Gesamtplanung des Kantonsstrassennetzes Liestal Ost verbessert. Zudem gibt es eine Analyse der «Schwachstellen», die bei den Planungen jeweils konsultiert wird.

Die meisten Gemeindestrassen sind Tempo 30-Zonen und somit für den Veloverkehr sicher. Die grössten Defizite liegen bei den Kantonsstrassen, doch wird man diesbezüglich beim Kanton auch immer wieder vorstellig.

Der Kanton hat kürzlich den Entwurf zum Verkehrs-, Betriebs- und Gestaltungskonzept der Kantonsstrasse im Bereich Liestal Ost mit der Rosenstrasse, Kasinostrasse und Kasernenstrasse vorgestellt. Die Stadt Liestal hat dazu Stellung genommen und insbesondere auf Gestaltungsaspekte und sichere Langsamverkehrsverbindungen hingewiesen. Der genaue Zeitpunkt der Umsetzung ist nicht bekannt.

Die Grundlage für die Planungen auf dem Kantonsstrassennetz bildet der kantonale Richtplan. Für die Planung des Gemeindestrassennetzes ist es der kommunale Strassennetzplan. Der Mutation des Strassennetzplans mit den Aussagen zum Langsamverkehrsnetz wurde vom Einwohnerrat im Januar 2017 beschlossen.

Im Rahmen der begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen werden Synergien mit anderen Projekten wie Vierspurausbau SBB, Quartierplanungen, Instandsetzungs- und Instandhaltungsprojekte auf dem Strassennetz usw. für die Umsetzung von Massnahmen genutzt.

Konkrete Verbesserungen sind mit der Orisstege im Zusammenhang mit dem SBB-Vierspurausbau, mit der Begegnungszone bei der Personenunterführung Sichern Süd, mit der Einführung von Tempo 30 auf der Gasstrasse und den Kantonsstrassen im Perimeter Liestal Nord sowie dem Ausbau der Heidenlochstrasse mit einer Tempo 30-Zone.

Im Zusammenhang mit dem Bau der Erschliessungsstrasse zum Bahnhof ist auch ein Veloweg als Teil des kantonalen Velowegnetzes geplant.

Weite Teile des Siedlungsgebiets sind heute bereits in Tempo 30-Zonen. Das ist eine gute Voraussetzung für die Sicherheit der Velofahrenden und für den Fussverkehr. Es finden auch regelmässig Geschwindigkeitsmessungen mit dem Hinweis auf die gefahrene Geschwindigkeit statt und Aktionen mit der temporären Smiley-Installation. Zunehmend problematisch ist das hohe Tempo der schnellen und teilweise gar rücksichtslosen E-Bike-Fahrer.

Aus Sicht des Stadtrates genügen die heute ergriffenen Massnahmen. Daneben setzen wir auch die Eigenverantwortung und Sorgfalt aller Verkehrsteilnehmer und Verkehrsteilnehmerinnen voraus. Prävention passiert auch in den Schulen mit Veloparks, Schulungen mit Verkehrspolizisten usw.

Pascale Meschberger (SP) dankt als Interpellantin für die Beantwortung ihrer Fragen und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Pascale Meschberger (SP) stellt fest, dass sie in ihrer Interpellation doch unüblich viele Fragen gestellt habe, die zu beantworten waren. Auslöser der Interpellation waren die folgenschweren Velounfälle in den letzten Jahren, welche doch ziemlich schockiert hatten. Auch wurde ihr schon von Auswärtigen bestätigt, dass die Velorouten durch Liestal nicht lustig und ganz ungefährlich sind. Sie selbst kann als Velo- und auch Autofahrerin bestätigen, dass nicht immer die Autofahrer die Bösen im Verkehr sind. Eine Sensibilisierung aller Verkehrsteilnehmer auf die möglichen Gefahren ist immer wieder nötig, und als Ärztin kann sie bestätigen, dass immer mehr schwere Unfälle mit E-Bikern passieren.

Daniel Schwörer (FDP) findet die Geschwindigkeitsmessungen mit den Smiley eine gute Sache, doch sollten die Anlagen richtig eingestellt sein. Entlang dem Bahndamm beim Frenkensschulhaus ist eine Anlage installiert, die nicht auf das reguläre Tempo 30, sondern auf Tempo 20 eingestellt ist. Eine Überprüfung dieser Anlagen würde sicher Sinn machen.

Beat Gränicher (SVP) findet, dass eine gegenseitige Rücksichtnahme aller Verkehrsteilnehmer wichtig ist. Er hat aber teilweise schon Mühe mit neuen Strassen wie beispielsweise im Gitterli in Richtung Lausen. Es ist doch ein Blödsinn sondergleichen, dass man bei 2 Trottoirs auch gleich noch 2 Velowege auf der Fahrpan markiert. Die Velowege könnten doch auf die Trottoirs verlegt und entsprechend markiert werden, damit diese besser genutzt werden. Als Grossvater ist er oft mit Kinderwagen unterwegs und so muss er konstatieren, dass in Liestal die Fussgänger von allen Verkehrsteilnehmern am meisten benachteiligt sind.

Benjamin Erni (CVP/EVP/GLP) glaubt, dass eine vermehrte Rücksichtnahme auch vermehrter Informationen bedarf. Aus eigener Erfahrung weiss er, dass nicht alle E-Bike-Fahrer genügend bezüglich den zulässigen Tempolimiten und Verkehrsregeln informiert sind. Präventionsmassnahmen sind in verschiedenen Bereichen möglich und würden zu einer vermehrten Sicherheit beitragen.

Stadtrat Daniel Muri meint, dass man immer nur von der Beschulung von Kindern spricht, doch würden beispielsweise auch Kursangebote der Senioren für Senioren durchaus Sinn machen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) nimmt den stadträtlichen Ratschlag auf und wird diesen ein-speisen.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2021-59 durch den Stadtrat.*

**119 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**8. Kindergarten Frenke, Sicherheit – Interpellation zur Sicherheit Kindergartenkinder Frenke 1-3 von Benjamin Erni der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2021-65)**

Stadtrat Daniel Muri beantwortet die Fragen des Interpellanten:

Der Stadtrat ist der Meinung, dass die Situation nicht grundsätzlich gefährlich ist. Es braucht aber die Aufmerksamkeit der Kinder und der Parkplatzbenutzerinnen und -benutzer. Die Verwaltung wird die verschiedenen Möglichkeiten zur Entschärfung mit allen Beteiligten ansprechen.

Die Bereichsleiter Hochbau/Planung sowie Bildung/Sport werden mit dem Verein für Alterswohnungen als Liegenschaftsteigentümerin Kontakt aufnehmen, um die Situation mit den Parkplätzen zu klären. Ebenfalls wird mit den Schulbus-Betreibern Kontakt aufgenommen.

Nach Rücksprache mit den Kindergartenlehrpersonen ist es im Moment so, dass es parkiertechnisch praktisch keine Elterntaxis gibt. Das entlastet die Situation im Vergleich zu früheren Jahren.

Primär ist es aber Aufgabe der Eltern, mit ihren Kindern das richtige Verhalten in diesen alltäglichen Situationen im Verkehr zu üben. Unterstützend wird dies am Beispiel des Parkplatzes auch im Rahmen des Unterrichts im Kindergarten aufgenommen.

Die Nutzung des Hintereinganges als offizieller alternativer Kindergartenweg ist nur mit einem grösseren finanziellen Aufwand möglich, da ein neuer Zugang über das Nachbargrundstück bzw. die Baurechtsparzelle des Verein für Alterswohnungen erstellt werden müsste. Weiter müsste geklärt werden, ob wir deren Zustimmung für einen solchen Zugang erhalten würden. Weiter wäre mit Kosten in der Grössenordnung von ca. CHF 10'000.-- zu rechnen. Weil der Stadtrat diese Massnahme für unverhältnismässig hält, hat er hierfür keinen Betrag ins Budget aufgenommen.

Der Schulleitung ist nicht bekannt, dass es noch weitere Kindergärten gibt, die von ähnlichen Situationen betroffen sind.

Benjamin Erni (CVP/EVP/GLP) dankt als Interpellant für die stadträtlichen Antworten und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Benjamin Erni (CVP/EVP/GLP) muss bei der Begleitung seiner Tochter in den Kindergarten regelmässig feststellen, dass es einige Elterntaxis gibt, wenn es auch nicht viele sind. Ein Verbot von Elterntaxis macht wohl wenig Sinn und wir müssen mit diesen leben, doch kann es nicht sein, dass der Parkplatz vor dem Kindergarten der gefährlichste Platz und Ort auf dem Schulweg ist. Das Gefahrenbewusstsein bei Kleinkindern ist noch nicht so ausgeprägt wie bei uns Erwachsenen und Präventionsmassnahmen wären sinnvoll und nötig.

Dominique Meschberger (SP) kann die Aussage des Interpellanten bestätigen, dass Parkplätze vor Schulanlagen und Kindergärten schon grössere Gefahrenquellen sind. Bei der Planung von Schulanlagen wird meist zu wenig berücksichtigt, dass die Schulwege nicht zwingend über Parkflächen führen sollten. Eltern-Taxis sind anscheinend nicht das grosse Thema, dennoch sollten die Eltern immer wieder daran erinnert werden, dass darauf verzichtet werden sollte.

Eva Eugster (FDP) hält in ihrer Funktion als Schulratspräsidentin fest, dass in regelmässigen Abständen mit Infoschreiben auf die Problematik der Eltern-Taxis aufmerksam gemacht wird. Ein Verbot ist leider nicht möglich bzw. durchsetzbar. Ein Infoschreiben für den Kindergarten Frenke in erwähnter Angelegenheit macht durchaus Sinn.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) meint, dass auf dem Parkplatz der Schulweg auch mit roten Verkehrskegeln markiert werden könnte, was zur Sicherheit der Kindergärtner beitragen würde.

Benjamin Holinger (GL) findet, dass die Eltern-Taxi schon ein Problem sind, wenn vielleicht auch nicht auf allen Parkplätzen vor den Schulanlagen so ausgeprägt wie beim Kindergarten Frenke. Vielleicht gibt es in der Schweiz noch andere Projekte und Ideen wie man das Problem Eltern-Taxi lösen könnte. Es dürfte sich sicher lohnen, bei diesem Thema noch Zeit zu investieren.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

*Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2021-65 durch den Stadtrat.*

**120 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**9. Verkehrspolitik – Postulat betreffend zeitgemässen Verkehrspolitik in Liestal von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2021-66)**

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass im zweiten Abschnitt des Postulates die entscheidende Frage gestellt wird, wie die unterschiedlichsten Ansprüche von denjenigen, die in Liestal wohnen, arbeiten, einkaufen oder die Stadt als Gast besuchen, unter einen Hut gebracht werden können. Vom Stadtrat ist schon einiges gemacht worden. Im Prozess des Masterplans Rheinstrasse ist unter anderem auch der Kanton mit dem zuständigen Verkehrsplaner eingebunden worden. Wie schon erwähnt, ist die Stadt zu den vom Kanton geplanten Etappen für die neue Verkehrsführung Kasinostrasse - Rosenstrasse sowie die Umgestaltung der Kasernenstrasse und Kreisellösung Gestadeckplatz etc. angehört und eingebunden worden. Die neue Erschliessung ab Höhe der Fernheizzentrale zum zukünftigen Bahnhof ist auch bereits in Planung und entlastet die Rheinstrasse. Das Parkleitsystem wird dem Einwohnerrat im vierten Quartal vorgelegt. Weiters trifft sich der Stadtrat jährlich mit einer der Gemeinden Pratteln, Hölstein, Füllinsdorf, Lausen usw. sowie Organisationen wie beispielsweise Frenkentäler Plus etc. Es findet immer wieder ein reger und breiter Austausch statt. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass umfassend und bereits genügend Fachpersonen vom Kanton, der Stadt, den politischen Gemeindevertretern und auch vom Einwohnerrat hinsichtlich Verkehrsfragen vorhanden sind. Und deshalb möchte der Stadtrat auch auf die Einberufung einer «Gemeindeversammlung» gemäss Vorschlag der Postulanten verzichten. Der Stadtrat möchte das Postulat auch nicht entgegen nehmen.

Hanspeter Meyer (SVP) stellt als Postulant nach den heutigen Verkehrsdiskussionen und den vorgängigen stadträtlichen Aussagen zu seinem Postulat gewisse Widersprüchlichkeiten fest. Verschiedene Dinge seines Postulates könnten kurzfristig umgesetzt werden und der Masterplan Rheinstrasse hätte vom Stadtrat bereits seit 1990 thematisiert werden können, da man schon damals darüber diskutiert hatte. Der erwähnte Austausch ist wichtig und doch ist seine Fraktion der Meinung, dass hier im Saal im Zusammenhang mit verschiedenen Verkehrsfragen immer wieder viel diskutiert und versprochen wurde. Nun sollte aber einmal eine Ausleageordnung betreffend dem Machbaren gemacht und nicht immer wieder Parkplatzdebatten geführt werden. Von verschiedenen Fraktionen ist ein Vorstoss bezüglich „Parkkarten“ eingereicht worden und aktuell stehen rund 30 Autos mit Parkkarten auf dem Gestadeckplatz, was gemäss Verordnung nicht auf gebührenpflichtigen Parkplätzen statthaft ist. Im Zusammenhang mit dem Parkplatzkonzept ist unter anderem thematisiert worden, dass Pendler oftmals den ganzen Tag die besten Parkplätze belegen und deren Arbeitgeber doch dazu bewegt werden könnten, dass für ihre Arbeitgeber die Parkplätze in den Parkhäusern verwendet würden. Auch wäre es sinnvoll, wenn oberirdische Parkplätze aufgehoben würden, doch müssten Alternativen vorhanden sein und diese hat man nicht. Immer wieder werden die leeren Parkhäuser erwähnt, doch diese machen als Alternative nur dann Sinn, wenn diese lukrative Tarife haben. Seit Jahren diskutiert man immer wieder darüber, dass mit den Parkhaus-Betreibern einheitliche Tarife angestrebt werden sollen, doch das kriegt man auch nicht hin. Die Stadt hatte sehr viel Geld in Parkhäuser investiert und hat nun keinerlei Mitspracherechte. Diese Bedingungen müssten bei künftigen Mitfinanzierungen von Parkhäusern klar geregelt werden. Mit dem Vorstoss möchte seine Fraktion auch nicht die verschiedenen Verkehrsteilnehmer gegeneinander ausspielen. Andere Ideen müssen wohl gesucht werden, weil wir betreffend einigen Themen vielleicht auch schon etwas blind geworden sind. Im Postulat werden verschiedene Ideen wie beispielsweise die Einberufung einer „Gemeindeversammlung, die Lancierung einer Umfrage usw. aufgezeigt. Eine gesamtheitliche Betrachtung ist nötig und sinnvoll, weshalb auch der Vorstoss eingereicht wurde, welcher hoffentlich vom Rat an den Stadtrat überwiesen wird.

Florian Abt (SP) meint, dass ihn das Postulat schon irritiere. Er sitze heute zum zweiten Mal hier im Saal als Einwohnerrat und Volksvertreter. Auf der Homepage der Stadt kann man nachlesen, dass der Einwohnerrat als Parlament die Gemeindeversammlung ersetze. Gemäss Postulat sollen nun Ideen der Bevölkerung eingeholt und eine Gemeindeversammlung einberufen werden, was in einem Widerspruch zu den erwähnten Zuständigkeiten des Einwohnerrates steht. Er hat das Amt als Einwohnerrat nicht angetreten, um Parolen und Dogmen auszutauschen, sondern er sehe sich in der Pflicht, als Volksvertreter die Interessen, Vorschläge und Anliegen der Bevölkerung hier im Einwohnerrat zu vertreten. Im Einwohnerrat soll dann darüber diskutiert und Konsenslösungen gesucht werden. Er empfinde das Postulat als Abwertung des Einwohnerrates, da mit diesem die Kompetenz des Einwohnerrates abgesprochen wird, Themen sachlich behandeln zu können. Abschliessend möchte er noch erwähnen, dass es einer gewissen Ironie entbehrt, dass auf der heutigen Traktandenliste mit 11 Traktanden doch 7 Traktanden die Verkehrspolitik betreffen und man nun doch schon während 90 Minuten Verkehrsthemen diskutiert und auch Lösungen gefunden habe. Die SP-Fraktion spricht sich gegen eine Überweisung des Postulates an den Stadtrat aus.

Yves Jenni (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass die Mittefraktion im Zusammenhang mit dem vorliegenden Postulat unterschiedliche Meinungen vertrete. Grundsätzlich wird die Idee für ein Gesamtkonzept im Zusammenhang mit den Verkehrsfragen Liestals begrüsst. Es gibt doch Konfliktstellen, wo der öffentliche Verkehr, der motorisierte Individualverkehr, der Veloverkehr und die Fussgänger teilweise ungeschickt aneinander geraten. Das Problem beim Vorstoss liegt an der formulierten Forderung an den Stadtrat, was zu prüfen sei. Es sind zwar viele Ideen aufgelistet, doch ist nicht ganz klar, was Bestandteil des Konzeptes sein soll und was der Stadtrat zu prüfen habe. Damit wird sich seine Fraktion erst nach der Diskussion entscheiden, ob sie der Überweisung zustimmen wird oder nicht.

Benjamin Holinger (GL) meint, dass mit dem Vorstoss das wichtige Thema Mobilität thematisiert wird, denn die heutige Traktandenliste zeigt, dass der Verkehr ein zentrales Thema ist. Trotzdem hat man sich in seiner Fraktion extrem schwer damit getan. Er selbst ist ein grosser Fan von Beteiligungskonzepten, doch gemäss Postulat können sich beispielsweise Ausländer und Kinder nicht demokratisch daran beteiligen. Bei den heutigen Parkplatzdebatten zeigte sich ja, dass es ja auch im Einwohnerrat sehr dogmatisch werden kann. Im Einwohnerrat werden die Meinungen der Bevölkerung doch recht gut widerspiegelt. Und wenn man wichtige Themen hier im Rat voranbringen möchte, sollten solche Vorstösse im Vorfeld auch über die Parteigrenze hinaus diskutiert werden. Dies würde sicher auch zur besseren Effizienz des Ratsbetriebes beitragen. Seine Fraktion wird der Überweisung des Postulates nicht zustimmen, zumal auch die Formulierung am Schluss des Vorstosses recht unklar ist. Und wenn hier im Rat die Mobilität immer wieder zum Thema wird, könnte der Rat gegebenenfalls auch eine Spezialkommission bilden, welche sich diesbezüglichen Mobilitätsfragen widmet.

Thomas Eugster (FDP) findet, dass verschiedene Aussagen der Vorredner unterstützt werden können, wenn man sich an den strengen Wortlaut des Postulates hält. So gibt es Mitwirkungsverfahren und schlussendlich ist der Einwohnerrat und nicht eine Gemeindeversammlung zuständig. Den Postulanten geht es um eine gesamtheitliche Betrachtung von Verkehrsthemen, was in Liestal schon nötig ist. Implikationen bezüglich der Verkehrslenkung sind erforderlich. So ist beispielsweise im Zusammenhang mit dem Strassenabtausch der Kasinostrasse mit dem Kanton andenkend worden, dass man den Südanchluss direkt auf die A22 führen könnte, doch hat man auch wieder eine Implikation, wenn man die A22 unter den Boden bringen möchte, wie dies bei der Interpellation Nr. 2021-67 thematisiert wird. Auch die Neukonzipierung der Rheinstrasse hat einen Zusammenhang mit dem Verkehrsfluss durch Liestal. Ein Zielbild und Gesamtkonzept macht schon Sinn, da die Verkehrsleitung beispielsweise auch im Zusammenhang mit dem Parkplatzkonzept von Bedeutung ist. Der Grundgedanke des Postulates für eine Gesamtkonzeption wird befürwortet und deshalb wird die FDP-Fraktion auch die Postulatsüberweisung unterstützen.

Michael Durrer (GL) ist hinsichtlich dem Einbezug der Bevölkerung der Ansicht, dass erfahrungsgemäss kurzfristige und schnelle Lösungen bei partizipativen Beteiligungen kaum möglich sind, wie dies im Postulat erwähnt ist. Er selbst durfte auch schon partizipative Stadt- und Quartierentwicklungsprojekte begleiten, was wahnsinnig spannend ist und auch tolle Resultate bringen kann. Mit solchen Projekten können aber keine kurzfristigen und schnelle Lösungen gefunden werden, denn dafür braucht es Personal, Geld und Zeit. Der Ansatz des Postulates ist sehr sympathisch, doch ist eine gute Planung für eine Zielerreichung notwendig.

Bernhard Bonjour (SP) legt dar, dass bereits vorgängig gesagt wurde, dass eine Gesamtkonzept-Erarbeitung bei den ständigen Veränderungen und tagespolitischen Entscheiden äusserst schwierig ist. Einzelprobleme müssen oftmals kurzfristig gelöst werden, wofür aber doch der Stadtrat und gegebenenfalls der Einwohnerrat verantwortlich zeichnen. Und so ist es für ihn illusorisch, dass mit einem partizipativen Modell und einer Gemeindeversammlung schlussendlich ein Gesamtkonzept erarbeitet werden könnte.

Daniel Schwörer (FDP) weist darauf hin, dass mit dem Postulat das Gesamt-Verkehrskonzept und die Form definiert wird, wie man zu dem Konzept kommen kann. Es wäre ja schon dienlich, wenn der Stadtrat im Zusammenhang mit der Postulatsbeantwortung seine Meinung bezüglich dem geforderten Gesamtkonzept kundtun würde. In diesem Zusammenhang könnte er sich auch zur Mitwirkung der Bevölkerung äussern. Der Vorstoss leidet daran, dass darin bereits Lösungsansätze und Vorgehensweisen beschrieben werden. Der Stadtrat sollte sich die Aspekte in strategischer Hinsicht einmal überlegen, diese prüfen und dann dem Einwohnerrat wieder berichten.

Daniel Jurt (SVP) stellt fest, dass an der heutigen Sitzung doch über 7 Teilprobleme im Zusammenhang mit dem Verkehr diskutiert wird und dabei wird immer wieder das Problem der fehlenden Gesamtübersicht thematisiert. Mit der Postulatsüberweisung besteht dann wohl schlussendlich eher die Möglichkeit, dass doch ein Gesamtkonzept ausgearbeitet wird, welches dann bei der Diskussion von Einzelproblemen auch diesbezügliche Entscheide erleichtern würde.

Benjamin Holinger (GL) führt aus, dass seine Fraktion mit einigen Punkten des Postulatstextes Mühe bekundet und sie deshalb der Überweisung nicht zustimmen wird. Doch könnten in einem neuen und fraktionsübergreifenden Postulat die einwohnerrätlichen Erwartungen neu formuliert werden, damit der Stadtrat konzeptionell die Arbeiten machen kann. In diesem Zusammenhang könnte dann ja auch ein allfälliger Beteiligungsaspekt eingebaut werden. Im vorliegenden Postulat sind viele Punkte unklar und das Thema ist einfach zu wichtig, dass man nun den Vorstoss einfach überweisen würde.

Stadtrat Daniel Muri legt dar, dass die Postulatsantworten in erster Linie von der Verwaltung ausgearbeitet werden, was Zeit und Ressourcen beansprucht. Den Masterplan Rheinstrasse hatte er der Bau- und Planungskommission vorgestellt und der QP Mühlematt mit dem Parkhaus für das Kantonsspital und den Kanton ist ein einzelnes Resultat daraus. Und auch wenn man die A22 unter den Boden bringen würde, wäre dies frühestens in 30 – 40 Jahren möglich, und die Stadt kann nicht so lange mit Entscheiden betreffend Liestal Ost, Verkehrsführungen usw. zuwarten. Für ein Gesamtkonzept fehlen der Verwaltung schlichtwegs die Ressourcen und deshalb macht es auch wenig Sinn, wenn man das Postulat dem Stadtrat überweist.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 14 Ja-Stimmen bei 17 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen wird vom Rat das Postulat Nr. 2021-66 nicht an den Stadtrat überwiesen.



**NEUE VORSTÖSSE - Begründung**

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

\* \* \* \* \*

Schluss der Sitzung: 19.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Ratspräsident

Markus Rudin

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann